

Merseburger Tageblatt

Bewegungspreis Die Post und Stadt frei. In den Provinzen und in den Postämtern nach dem Tarif. Druckerei der Verlagsanstalt „Merseburger Zeitung“ in Merseburg. Druckereibesitzer: K. Müller. Redaktion: K. Müller. Druckerei: K. Müller. Druckereibesitzer: K. Müller. Druckereibesitzer: K. Müller.

(Kreisblatt)
Unparteiische

Anzeigenpreis Der Spz. 100 H. per Linie 1.00 Mk. und der Spz. 200 H. per Linie 1.00 Mk. Die Anzeigen werden im Voraus bezahlt. Die Anzeigen werden im Voraus bezahlt. Die Anzeigen werden im Voraus bezahlt.

Zeitung für Stadt und Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger



Herausgeber Ludwig Baly.) Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 261

Dienstag, den 6. November 1923

163. Jahrgang

Ein Aufruf der Reichsregierung.

An das deutsche Volk!

In schwerer Lage drohen dem Reiche innerer Erschütterungen. Gewisse, wenn auch nicht zahlmäßig starke Kreise versuchen, gestützt auf die Notlage unseres Volkes, einen ungehörigen Druck auf die Staatsorgane auszuüben und bestreben sogar die Kraft der Nationalgewalt zu missbrauchen, um den deutschen Staat zu verfallen zu lassen. Die Reichsregierung ist entschlossen, solchen Verirrungen mit äußerster Energie und mit ganzer Kraft entgegenzutreten, und wird alle hierzu notwendigen Maßnahmen ergreifen. Wenn wir über die Zeit des Liebesganges zu einer neuen wertebefähigenden Währung, wenn wir über die Zeit schwerer Arbeit und Erwerbslosigkeit, schließlich Wirtschaftskrisen und unerschütterlichen außenpolitischen Standes hinwegkommen wollen, dann ist Voraussetzung dafür die Erhaltung der Reichs Einheit und der Ordnung und Eizigkeit im Innern. Jede Verletzung unserer außenpolitischen Lage ist, wie wir wissen, davon abhängig, daß diejenigen Völker und führenden Persönlichkeiten, die Deutschlands innerer Lage erlennen, nicht am deutschen Volk verzweifeln, wenn sie sehen, daß es sich in einer solchen Zeit gegenseitig zerstückelt.

Gedenkt auch, wie eine Zerstückung im Innern auf unsere Väter und Mütter wirken würde, die im Schwersten Kampf gegen besaßte bewaffnete separatistische Kräfte für den Staat zu kämpfen. Sie haben das Recht zu erwarten, daß das ganze deutsche Volk ihren Kampf mitführt und daß nicht im Innern des Reiches Deutsche gegen Deutsche kämpfen, ohne ein Ziel, das irgendeiner Rücksicht auf Befreiung ist.

Sei man sich auch bewußter klar, daß jede Währungs-, außenpolitisch etwas zu erreichen, mit dem Augenblick endgültig geschehen ist, in dem anstelle einer verfassungs- mäßigen Regierung irgendeine ungehörige Macht Deutsch- land nach außen hin zu vertreten suchen wird.

Die deutsche Regierung besitzt die Mittel, um jedem Angriff mit Erfolg zu begegnen, und die Verfassung des Reiches zu schützen. Die Reichsregierung und die Schutzpolizei werden getreu ihrem Eide ihre Pflicht tun. Die Reichs- regierung vertraut sehr darauf, daß, wenn ihr der Kampf gegen ihren Wunsch und ihren Willen aufgezwungen werden sollte, das gesamte deutsche Volk geschlossen für die Ordnung und Freiheit des deutschen Reiches eintreten wird.

Berlin, 5. November 1923.
(gez.) Die Reichsregierung: Dr. Stresemann;
(gez.) Der Reichspräsident: Ebert.

Die Einführung des Goldlohnes.

Die Goldlohnfrage ist infolge der jüngsten Verhandlungen in ein akutes Stadium getreten. Die fleingeldlose Gold- anleihe, die auch für Lohnzwecke geeignet sein soll, wird jetzt von der Regierung in Höhe von 200 Millionen Goldmark herausgegeben. Die Reichsregierung hat durch Vorberedungen die industriellen Werke ermahnt, auf Antrag wertebefähigenden Notgeld herauszugeben, damit recht bald ein Teil des Lohnes wertebefähig gezahlt werden kann. Der Reichsfinanzminister hat jedoch als ausdrückliche Bedingung für die Ausgabe wertebefähigen Notgeldes bestimmt, daß der Gehaltsbetrag des ausgegebenen Geldes vor Ausgabe durch Übertragung des betreffenden Goldanleihebetrages gedeckt werden muß. Der Zweck dieser Bestimmung ist offen- sichtlich, die Gefahr einer neuen Inflation durch ungedeckte Goldanleihe zu beseitigen. Es ist dringend zu empfehlen, daß besonders die Kommünen auf die Bedeutung dieser Bestimmung hin kontrolliert werden.

Der Liebesgang zu Goldlohnfragen kann nur da in Frage kommen, wo die nötigen wertebefähigen Zahlungsmittel (Goldanleihe, Goldbonds der Firmen usw.) auch tatsächlich zur Verfügung stehen. Wo diese fehlen, bleibt auch heute nur eine Festlegung der Tarife in Papiermark und eine zeitlich nach Möglichkeit zu beschleunigende Auszahlung von Papiermarken übrig. Gerade die Frage der wertebefähigen Zahlungsmittel wird für die Liebesangelegenheit sehr schwer zu lösen sein. Der gesamte Goldbedarf von Staat und Kommünen, Gewerbe und Landwirtschaft kann auf ungefähr 400 Goldmarktionen in der Woche geschätzt sein. Allein der Gesamtbedarf des Staates beläuft sich auf 140 Goldmarktionen wöchentlich. Demgegenüber soll der Gesamt- umlauf in Goldanleihe zunächst auf 325 Millionen Gold- mark begrenzt werden, damit nicht durch ein Drucken über diesen Betrag hinaus eine neue Inflation entsteht und da- durch das neue Zahlungsmittel von vornherein in seinem Werte vermindert wird. Dieser Betrag würde nicht einmal ausreichen, den Goldbedarf einer einzelnen Woche zu decken. Das Tempo zum Liebesgang der Auszahlung des Lohnes mit wertebefähigen Zahlungsmitteln kann deshalb nur ein ganz allmähliches sein. In der ersten Zeit wird es sich höchstens um 10 Prozent wöchentlich handeln können, d. h. um einen Betrag von 40 Millionen Goldmark in der Woche.

Für die Lohnregelung ergeben sich daraus recht erheb- liche Schwierigkeiten technischer Natur. Es muß z. B. zunächst eine Art gemischter Tante abgeschloffen werden, die nach einem wertebefähigen und einem nicht wertebefähigen Teil getrennt sind. Daraus entstehen mangelhaft Umrech- nungs-schwierigkeiten und sonstige Differenzen, die beson- ders an Lohnungen auftreten werden und dann, wenn das wertebefähige Geld in größerem Umfang gesammelt und dem Betrieb entgegen werden sollte. All diesen Schwierig- keiten würde im wesentlichen abgeholfen sein, wenn nach williger Stilllegung der Notepresse ein festes Einlösuungs- verhältnis für das umlaufende Papiergeld mit Zwangsbillig- neben Goldzahlungsmitteln festgelegt würde.

Wenn der Lohn allmählich in größerem Umfang wert- befähigt gezahlt werden kann, ergeben sich vor allem Schwierigkeiten wegen der Lohnhöhe. Deutschland muß billiger produzieren als das Ausland; der deutsche Goldlohn muß deshalb unter Friedenshöhe liegen. Goldlohn kann nur für Goldleistung gegeben werden; für diese müßten durch das Arbeitsgesetz und durch den Abbau der Verbrauchsgegenstände die Voraus- setzungen gegeben werden. Eine Erhöhung dieses verringerten Goldlohnes kann nur durch schnelle und nachdrückliche Produktionssteigerung erfolgen, die hierorts wieder produktionserhöht wirkt. Die deutsche Wirtschaft ist haf- bar gemacht für die Sicherung der neuen Währung und für die Reparationsleistungen. Auch die deutsche Arbeiter- schaft muß zu diesen Sicherungen einen Anteil tragen in der Gestalt der Verminderung ihres Arbeitslohes/ wenn die nicht Gefahr laufen will, daß auch die neuen „wertsachen“ die „wertsachen“ Zahlungsmittel fast bis zum Zerfall an Wert gehen! Selbstverständlich ist dabei, daß die Leistung, die schlechteren Goldcharakter hat, auch schlechter entlohnt werden muß.

Entsprechend dem reaktionären Kreis früher auf den Abbau der unterirdischen Kräfte der Reichsregierung glaubt man, daß diese Bestimmungen, die sich auch in Österreich, Schottland und anderen Ländern wahrnehmen lassen, eine zusammenfassende Bewegung unter Lebensnotwendigkeit auslösen. Die Herabsetzung dieser reaktionären Bestimmungen ist in allererster Linie der Wichtigkeit allmählich Formen an, die mit ernst politischer Arbeit nichts mehr zu tun haben. Zum Teil beruhen die über- triebenen Nachrichten über die Lage in Nordbavarn auf agitatorischem Wandel der Kommunisten, die in gefährlicher Weise allgemeine Presseresponses ausgeben, um die reaktionären und sozialistischen Kräfte Beunruhigung herbeizuführen.

Der Stahlhelm fordert die nationale Diktatur.

Die Nachricht von der ultimativen Forderung des Stahl- helms, die wir in der Sonntagsausgabe unserer Zeitung unter allem Vorbehalt bringen, findet nimmere ihre amtliche Bestätigung.

Berlin, 6. November. Der am 4. November in Magde- burg zusammengetretene Bundesvorstand des Stahlhelmbundes der Frontsoldaten hat im Namen von Millionen ehemaliger Soldaten den Reichskanzler in einem Telegramm aufge- fordert, umgehend eine nationale Diktatur zu schaffen, die nicht durch Parteien, Parlamente und Interessengruppen beschränkt sei. Alles dränge zum Handeln. Nur die sofortige Errichtung einer nationalen Diktatur ver- möge Deutschland zu retten. Der Reichskanzler solle in diesem Sinne von den in seiner ganz befürchtlichen Macht- mitteln Gebrauch machen und sofort handeln, damit nicht andere das tun könnten.

„Hannibal vor den Loren!“

Amittelsbar nach Redaktionschluss kamen der „Holl. Zig.“ am gestrigen Nachmittag alarmierende Meldungen. Wie das genannte Blatt hört, ist der Schritt der Reichs- regierung an der thüringischen Grenze gegen Bayern nicht ohne Antwort geblieben, und zwar von Seiten des nationalen Norddeutschen Bundes, das nun ebenso gegen Berlin Notposten schießt, wie Berlin gegen Bayern. Es wird berichtet, daß Abgeordnete der Reichsregierung mit dem etwa 1 Stunde von der Reichsgrenze entfernt lebenden General Strafen von der Goltz verhandeln. Im Goltz haben sich freiwilligen-Regi- menter von bisher unbekannter Zahl gesammelt.

Angriffe gegen Ebert.

Während die „Rechtsradikalen“ erklären, daß die Nachter- greifung durch ihre Gefinnungsgenossen nur dann Zweck habe, wenn auch der „Vertrauensmann der Sozialdemokratie“ an der leitenden Stelle des Reiches, der Reichspräsident, mit Aufricht gesponnen werde, mehren sich neuerdings im so- zialdemokratischen Lager die Stimmen, die den Ausschluß des Reichspräsidenten aus der Partei verlangen. So wurde nach dem Beispiel Berlins auch in Frankfurt am Main gegen eine kleine Winderbeit ein Antrag angenommen, der die Einleitung des Ausschlußverfahrens gegen Ebert verlangt.

Neue Schwierigkeiten der Reichsregierung.

Berlin, 5. November. Während äußerlich Wohlpreis, illegale Organisationen in Bayern, Bünde und die Neben- kampfen im Mittelteil des Interesses stehen, wird sich in Wirklichkeit der weitere Verlauf der gegen die Reichs- regierung richtung, die hinter der Klüfte im Zusammenhang mit der Regierungstrifis stattfinden.

Der Reichskanzler hat in den letzten Tagen auf Grund der Beratungen, die u. a. die demokratische und die Zentrumspartei des Reichstages abgehalten haben, mehrfach Befreiungen mit dem Reichspräsidenten eingeleitet. Die

auserordentliche Schwierigkeit, die einer parlamentarischen Festigung der Regierungsgewalt im Wege steht, wird erst allmählich erkennbar. Bei dem Zentrum und bei den Demos- kraten hat man wieder den Mut, offen die Schwerebedingung der großen Kräfte, die des Verhältnisses der Sozialdemo- kraten zu propagieren, noch hat man den Mut, eine rein bürgerliche Regierung mitzuhaben. Infolge dessen hat man ein System des Auwegens

konstruiert, bei dem das letzte Kampfabstimmung durch einen Justizminister und im Abschluch durch einen Justizminister ergänzt werden soll, im übrigen durch das Kabinett nach Möglichkeit nicht vor den Reichstag treten solle, um einem Mißtrauensvotum oder der Ablehnung eines Mißtrauens- votums zu entgehen. (1)

Es sich diese müßliche Konstruktion für ein Winderseiten- kabinett parlamentarisch erhalten läßt, wird sich in den fortwährenden Beratungen des Reichspräsidenten des Reichstages zeigen, in der man sich mit der Frage beschäftigen wird:

Soll der Reichstag zusammenzutreten oder nicht?

Vorläufig fällt die für Mittwoch, den 7. November ange- setzte Sitzung des Reichstages aus. Es ist jedoch mit dem Wiederzusammentritt des Reichstages spätestens in der kom- menden Woche zu rechnen. Kommt es zu einer Reichstags- tagung, so wird sich allerdings auf Grund der noch ausstehenden Beratungen der Fraktionen der Deutschnationalen und der Fraktionen der Sozialdemokraten die Neutralität für das Winderheitensministerium nicht vorhanden sein. Es würde dann entweder die Auflösung des Reichstages oder der Rücktritt des Kabinetts Stresemann in Betracht kommen. Bezüglich ist, daß man in parlamentarischen Kreisen den letzteren Weg möglichst für möglich hält, während bei der Vor- annahme des Ernährungsgesetzes vorhandenen Schrifts die Auflösung des Reichstages und ein Weiterregieren des Ka- bincts Stresemann beschlossene Sache war. Dieser Um- schichtung in der Stimmung kann nur darauf zurückgeführt werden, daß der Reichspräsident nicht mehr entschlüsseln ist, den Reichstag bei einem Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Stresemann aufrufen und dem jetzigen Reichskanzler die notwendigen Vollmachten zu über- tragen. Man hat den Eindruck, als ob dem Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages leichter gefallen wäre, solange ein sozialdemokratischer Innenminister vorhanden war.

Am Hintergrund dieser parlamentarischen Erörterung steht übrigens die

bayerische Frage

insofern, als sich deutlich parlamentarische Kreise der So- zialdemokratie und der Demokraten bemerken, die Ansamm- lung einzelner Trupps von illegalen Organisationen in Nord- bavarn für die erste Vorbereitung eines umfassenden Staatsstreiches hinzuzufügen. Von der Reichsregierung aus bemerkt man sich festgelegt, den übertriebenen Nachrichten über die Lage in Nordbavarn entgegenzutreten, indem man darauf hinweist, daß die nötigen Maßnahmen der Reichs- regierung gegenüber Übergriffen dieser illegalen Organi- sationen bereits getroffen sind, und daß keine Gefahren zu- stande nicht bestehen.

Statürlich rufen die verworrenen Verhältnisse, die ins- besondere durch die ungelöste Kabinettsfrage entstanden sind,



berichtigt werden müssen. Die Schlussdeute beträgt im Durchschnitt von Prozent der ...

Letzte Depeschen Der Dollar 420 000 000 000.

Berlin, 6. November. (Sta. Drahtdr.) Wirtlich notierte der Dollar 418 950 000 000 - 421 050 000 000 bei 3 Prozent Jateins...

Neue Bänderungen in Berlin.

Berlin, 6. November. An verschiedenen Stellen des Stadt kam es morgens im Norden Berlins wieder zu gehäufigen Menschenansammlungen und zur Bänderung von Gefährten...

Separatistenangriff in Simmern.

Simmern, 6. November. (Sta. Drahtdr.) Nach einer Meldung der 'Süder Postzeitung' überfielen im Morgenraun am Sonntag eine Bande von 20-30 Separatisten unter Führung von Beamten der franz. Regie das Landratsamt in Simmern...

Der Separatistenpulsch von Kaiserslautern.

Kaiserslautern, 6. November. Gestern nachmittag wurde auf dem Postamt die letzte Post als Teil der letzten öffentlichen Republik ausgerufen...

Nöhlchen, 5. November. (Ein noch glücklicher Verkaufserfolg!) An lebendem des Zuerstbestattungsfalles aus der ...

Uns Provinz und Reich

Kalle, 5. November. (Drei Großreiser in drei Tagen) Der Reiser hat im Grundhild ...

Petersburg, 6. Nov. (Der bauffähige Jarenisig) Die Wohnungsinhaber in Petersburg werden täglich unsicherer als ...

Handel und Verkehre.

Berlin, 5. November. Durch die scharfe Reparatur folgen sich nutzbringend die Oderanfahrten...

Berlin, 5. November. Der Wirtel treibt nach oben. Die weitere Anwesenheit von 300 Millionen Goldmark ist eine neue Anfallung von Goldmarken einbringen ...

Berlin, 5. November. (Diebe) find am vorigen Sonntag beim Gutsbesitzer St. in Pfalzheim eingestiegen ...

Bärenberg, 5. November. (Diebe) find am vorigen Sonntag beim Gutsbesitzer St. in Pfalzheim eingestiegen ...

Obertags, Riebel verkehrt. Auf Guldenerbe bedürftig. Die ...

Der Reichsbankausweis für die 3. Oktoberwoche bietet das zu erwartende Bild: Zunahme der Schatzangelegenheiten um 510 000 Millionen...

401 000 Millionen neue Banknoten.

Berlin, 5. November. Das Angebot bleibt schwach, während der Nachfrage z. B. ...

Wichtigste Nachrichten vom 5. 11. (Preise für 50 kg in Verdnungsbau auf Lager Berlin in Goldmark)

Bestenraupen 26,45-27,50, Gerstengröße 26,45-27,50, Saferstufen 27,50-27,90, Safergröße 27,50-27,90...

Bestenraupen 26,45-27,50, Gerstengröße 26,45-27,50, Saferstufen 27,50-27,90...

Bestenraupen 26,45-27,50, Gerstengröße 26,45-27,50, Saferstufen 27,50-27,90...

Bestenraupen 26,45-27,50, Gerstengröße 26,45-27,50, Saferstufen 27,50-27,90...

Bestenraupen 26,45-27,50, Gerstengröße 26,45-27,50, Saferstufen 27,50-27,90...

Bestenraupen 26,45-27,50, Gerstengröße 26,45-27,50, Saferstufen 27,50-27,90...

Bestenraupen 26,45-27,50, Gerstengröße 26,45-27,50, Saferstufen 27,50-27,90...

Bestenraupen 26,45-27,50, Gerstengröße 26,45-27,50, Saferstufen 27,50-27,90...

Bestenraupen 26,45-27,50, Gerstengröße 26,45-27,50, Saferstufen 27,50-27,90...

Bestenraupen 26,45-27,50, Gerstengröße 26,45-27,50, Saferstufen 27,50-27,90...

Bestenraupen 26,45-27,50, Gerstengröße 26,45-27,50, Saferstufen 27,50-27,90...

Bestenraupen 26,45-27,50, Gerstengröße 26,45-27,50, Saferstufen 27,50-27,90...

Bestenraupen 26,45-27,50, Gerstengröße 26,45-27,50, Saferstufen 27,50-27,90...

Bestenraupen 26,45-27,50, Gerstengröße 26,45-27,50, Saferstufen 27,50-27,90...

Bestenraupen 26,45-27,50, Gerstengröße 26,45-27,50, Saferstufen 27,50-27,90...

Bestenraupen 26,45-27,50, Gerstengröße 26,45-27,50, Saferstufen 27,50-27,90...

Bestenraupen 26,45-27,50, Gerstengröße 26,45-27,50, Saferstufen 27,50-27,90...

Beilage zu Nr. 261 des Merseburger Tageblattes

Dienstag, den 6. November 1923.

Die Gefahren der Goldrechnung.

Professor Dr. W. Prion (Aöln), einer der hervorragendsten deutschen Währungsökonomisten, der als einer der ersten die Ursachen und Auswirkungen der Geldentwertung erkannte, wendet sich in der „A.Z.“ gegen die Gefährdung der Goldrechnung durch weiteren Notendruck und weitere, lediglich auf Werkschließung umgeleitete Inflation und durch die Einführung der Goldrechnung im Zeichen der „Substanz-Erhaltung“ Prion, dessen volkswirtschaftliche Veröffentlichungen bisher die Auffassung der Bundesgerichte stark beeinflusst haben, kommt dabei unter anderem zu folgenden Ausführungen: „Solange die Inflation anhält, d. h. durch die Geldvermehrung ohne gleichzeitige Warenvermehrung eine Überkonsumtion besteht, mehr vergrößert als hergestellt wird, die Volkswirtschaft im ganzen vom Kapital und nicht vom Ertrag lebt, so lange ist es ein Ding der Unmöglichkeit, daß die Betriebe nach dem Grundlag der Wiederbeschaffungskosten arbeiten. Die Betriebe erwidern: Wenn wir nicht nach Wiederbeschaffungskosten kalkulieren, fehlen uns die Mittel zum nächsten Einkauf; da die fehlenden Mittel aus die Dauer nicht anderweitig beschafft werden können, muß notwendigerweise eine Einschränkung der Betriebe eintreten. Dadurch muß die Versorgung des Konsums leiden, Arbeiter und Angestellte müssen entlassen werden. Alles dies kann nur verhindert werden, wenn die Substanz des Betriebes erhalten bleibt, die Aufrechterhaltung der Betriebe ist daher eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit — so die Einwände der Geschäftswelt.“

Demgegenüber betone ich: In einer verarmten und ständig ärmer werdenden Volkswirtschaft — diese Tatsache liegt vor und ist nun einmal nicht aus der Welt zu schaffen — geht es eben nicht an, daß allen Betrieben — man denke auch an die ständig neu hinzukommenden — das Recht gegeben wird, sich von der allgemeinen Verarmung auszunehmen. Die Folge der Substanzpolitik muß sein, daß diejenigen Kreise, die nicht in der Lage sind, ihre — materielle und geistige — Substanz zu erhalten, die Konsumten in ihren verschiedenen Abteilungen, die Kosten der Verarmung allein tragen müssen. Nun mag man über das Dohnerden und das Untergehen einzelner Arbeiterkreise denken, wie man will — die Arbeiter und Beamten werden mit Hilfe ihrer Organisationen schon dafür sorgen, daß ihr Anteil an dem volkswirtschaftlichen Ertrag — der sich ständig verringert — nicht allzusehr vermindert wird. Die Wohlfahrtsleistungen müssen aber um so schneller und nachhaltiger auf die Preisgestaltung einwirken, je tiefer der Preis derjenigen wird, auf die die Verarmung abgesehen werden soll, und je mehr die Warenvermehrung hinter der Geldvermehrung zurückbleibt, die Inflation also fortgeschritten. Dieser Wertbestimmungskampf ist seit Mitte September in vollem Gange, und sein Ende ist Abänderung

und Totschlag. So wichtig die Goldrechnung und der Wiederbeschaffungspreis für den einzelnen Betrieb sind: sie sind eine Unmöglichkeit in einer sich vergebenden Volkswirtschaft, in Zeiten fortwährender Inflation. Sührt aber die Inflation auf, tritt wieder ein Ausgleich in der volkswirtschaftlichen Produktion und Konsumtion ein, kommt es zu einer Stabilisierung der Preise — dann ist auch die Goldrechnung, die Frage des Wiederbeschaffungspreises überflüssig; beides ist dann von selbst da. Wer in dieser Beziehung sehen will, dem ist das Studium der Währungsstärkung in Oesterreich zu empfehlen, wo man uns in allem eine Vorbildung voraus ist — und die Gefahren der Goldrechnung noch recht deutlich erkannt hat.“

Die Anschauung des Herrn Prion in allen Ehren. Er scheint sich zur Verteidigung von Konsumten-Interessen unwillkürlich berufen zu fühlen, denen er selbst unterworfen ist. Aber nachdem die Arbeiter Gehälter, die Regierung Goldsteuer verlangen, kann die Wirtschaft sich nur dadurch vor dem beschleunigten Untergang retten, daß sie selbst Goldrechnung verlangt. Geht aber die Wirtschaft zugrunde, dann treten die verhängnisvollen Folgen, die Prion befürchtet, mit unerbittlicher Sicherheit ein, ohne daß es ein Mittel zum Wiederaufstieg gibt. Denn mit vernichteter Produktionsmöglichkeit (und das bedeutet der Untergang der Wirtschaft) ist jedes Volk dem Untergang geweiht.

Neue Regierungsverordnungen.

Regierungsmassnahmen zur Preisgestaltung.

Berlin, 3. November. Zur Aenderung der größten Not auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung hat die Reichsregierung für die Milchverteilung erhebliche Beträge den Ländern zur Verfügung gestellt, sowie dem Zentralausschuss für die Auslandsbeschaffung Mittel überwiesen, um die Fortführung und Verbesserung der mit Hilfe des Auslandes durchgeführten Milchlieferungen zu sichern. Um aber auch weiteren Preissteigerungen entgegenzutreten, wird die Reichsregierung in einigen besonders dringenden Fällen eine Preisbegrenzung in die Wege leiten, damit vorhandene Lebensmittel reichlich und möglichst billig in den Verkehr gebracht werden.

Auch auf den übrigen Wirtschaftssektoren hat die Reichsregierung nachdrücklich den Einfluss auf die Preispolitik genommen. So sind in Goldmark berechnet, die Preise bei der Kasse um 35 Prozent, bei den Hauptstellen um 20 bis 30 Prozent, beim Abnehmer um etwa 25 Prozent, bei gewissen Teilen der einwärtsarbeitenden Industrie um 20 Prozent gesenkt worden. Die Auswirkung dieser Senkung auf anderen Wirtschaftssektoren kann sich naturgemäß nur allmählich durchsetzen.

Der Hohe Rat der Reichsregierung, im Interesse einer Entlastung der Reichsfinanzen und einer Eindämmung der Inflation ihre Teile dem Geldwert anzupassen, muß zu

nächst einer Preisfestsetzung bis zu einem gewissen Grade entgegenwirken, es ist aber zu hoffen, daß die Preisoberbegrenzung der Milchstoffe der weiterverarbeitenden Industrie in kürzester Zeit wieder größere Wettbewerbsfähigkeit und damit wieder erhöhter Beschäftigung sichern wird. (?) Durch dauernde Einwirkung auf die Preisprüfungsstellen und fortgesetzte Überwachung der wirtschaftlichen Verbände werden vorhandene Mißstände im Warenverkehr bekämpft werden, und in der gleichen Richtung wird die neue Verordnung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Nachstellungen wirken. (??)

Verordnungen gegen die Kartellmißbräuche.

Aus der reichhaltigen Verordnung geben wir den wichtigsten Paragraphen wieder: Paragraph 4. Befähigt ein Vertrag oder Beschluß der in Paragraph 1 bezeichneten Art oder eine bestimmte Art seiner Durchführung die Gesamtwirtschaft oder das Gemeinwohl, so kann der Reichswirtschaftsminister 1. beim Kartellgericht beantragen, daß der Vertrag oder Beschluß für nichtig erklärt oder die bestimmte Art seiner Durchführung untersagt wird; 2. anordnen, daß jeder an dem Vertrag oder Beschluß Beteiligte jederzeit infolgedessen den Vertrag kündigen oder von dem Beschluß zurücktreten kann; 3. anordnen, daß ihm Abschrift aller zur Durchführung des Vertrages oder Beschlusses getroffenen Vereinbarungen und Verfügungen einzureichen ist und daß diese Maßnahmen erst nach Zugang der Abschrift in Kraft treten.

Die Gesamtwirtschaft oder das Gemeinwohl ist insbesondere dann als gefährdet anzusehen, wenn in volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigter Weise die Erzeugung oder der Absatz eingeschränkt, die Preise gesteigert oder hochgehalten oder im Falle werkschließender Preisstellung Zuschläge für Wagnisse (Risiken) eingeordnet werden, oder wenn die wirtschaftliche Freiheit durch Sperren in Einkauf oder Verkauf oder durch Festsetzung unterschiedlicher Preise oder Bedingungen unbillig beeinträchtigt wird.

Die Mut der sächsischen Kommunisten.

Die fragwürdigen Enthaltungen Dittmanns über die Entwidlung der sächs. Kritik im „Vorwärts“ hat die Kommunisten in bester Empörung gesetzt. Weil nach Dittmanns Bericht Dr. Zeigner schon am 23. Oktober erklärt hat: „Ich werde die beiden von man nicht in die Welt setzen“, und weil er trotzdem nach einige Tage mit ihnen weitergearbeitet hat, trotz die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ in den wildsten Tönen. Und da es nun einmal aus Wurzeln geht, wollen die Kommunisten gleich ganze Wirtschaft auch mit dem sächsischen Zeitschrift machen. Das Dohnerden-Blatt sagt es gleich an zwei Stellen. In einem Aufsatz: Dr. Zeigner hat alles verraten“, wird der Stab über Zeigner und Hellwig mit höchstem Anzue gebracht:

„Das Ziel ist durchgeföhrt. Dieser Jammerlappen Zeigner ist für die Arbeiterchaft ein toter Mann. Und das Hellwig-Abwert ist heute schon erledigt. Jetzt kann es nichts anderes geben, als was mit dem Übergangskabinett Hellwig, her mit der Arbeiterregierung der sächsischen Arbeiterchaft.“

Und in der „Wochenchau“ erfolgt die gleiche halbseitige Besprechung. Die Regierung selbst muß sofort verschwinden. Die Landesinstanzen der SPD. müssen diese Forderung stellen. Es genügt nicht, wenn diese Körperschaft sich gegen die Entscheidung der Landtagsfraktion wendet und die empörten Arbeiter auf den Barrikaden vertritt. Es muß schnell und entschlossen gehandelt werden. In wenigen Stunden kann die gesamte Partei gegen die Besitzer und Dolchschläger mobil gemacht werden. Dann wird sich auch die einzig mögliche Forderung durchsetzen: **Sofortige Bildung einer Arb.-Regierung**, die zugleich die außerparlamentarischen Organe sichert haben muß, die ein entscheidendes Gegenrecht gegen den General Müller bilden.“ Die Dienstagung des Landtags, die den ersten Auftritt des abdingten selbst bringen soll, wird also mit gewisser Sicherheit mit seinem Abzug enden. Wie sagte doch ein Vorgänger demokratisches Blatt: „Demokraten und Sozialdemokraten haben die Situation gereizt.“ Die arbeitslosen Arbeiter!

Abrechnung des englischen Botschafters in Berlin?
Paris, 2. November. Nach einer Meldung des „Antranigant“, die aber in den übrigen Pariser Abendblättern nicht bestätigt erscheint, kündigt ein heute herausgegebenes Communiqué des Foreign die Abberufung des englischen Botschafters Lord d'Alverton vom Berliner Botschafterposten an.

Das Deutschland faßt wieder Fuß in der Türkei.

Paris, 1. November. Der Konstantinopeler Berichterstatter des „Matin“ hebt hervor, daß **Deutschland in der türkischen Hauptstadt wiederum die alte hervorragende Rolle zurückgewonnen habe, wie wir vor dem Kriege.** Eine ganze Reihe deutscher Bankdirektoren seien bereits in Konstantinopel anwesend. Die Deutsche Bank werde im nächsten Monat ihre Schalter wieder öffnen. Nur Deutsche und Amerikaner üben irgendwelche wirtschaftliche Tätigkeit aus. Die Italiener seien vollkommen ausgeschlossen. Der wirtschaftliche und geistige Einfluß der Franzosen sei vollkommen gesunken.

König Georg von Griechenland talischelt.

Paris, 2. November. Aus Athen wird der „Daily Mail“ gemeldet, daß der König Georg von Griechenland von der Regierung in seinem Palast gefangen gehalten werde. Die Regierung gestatte ihm nicht, der Taufe des südbanatischen Kronprinzen beizuwohnen, weil man befürchte, daß er von seiner Begleiter Reise nicht mehr zurückkehren werde. Halb-offiziell wird in Athen erklärt, daß nachträglich von der Regierung der Republik Abstand genommen werden würde, und daß Griechenland weiterhin Monarchie bleiben soll.

Aus Provinz und Reich

Ernst, 1. November. (Ob Lußigsaufall.) Vor dem Schöffengericht geriet der wegen Betrugs im wiederholten Rückfalle angeklagte Kaufmann Friedrich Bach aus Belsch-Mehlis plötzlich in einen Tobdurstanfall, bedrohte den Vorstehenden und bespötkte ihn in gemeiner Weise. Infolge dessen wurde die Verhandlung vertagt. Mit Gewalt mußte der Wütende in die Zelle zurückgebracht werden.

Dresden, 2. Nov. (Ein fälscher Diplomat als Geheimdiener.) Ein Kochpfeiler ist jetzt in Dresden festgenommen worden, nachdem er auch in Berlin einige Kontrollen gegeben hatte. Bei drei hiesigen Zuspätkomern erschien kürzlich ein feingekleideter Herr, der sich für einen italienischen Diplo-

maten „Graf v. Wertell“ ausgab. Er erzählte, daß er von einem Freunde beauftragt sei, Perlenketten zu kaufen. Nach längerer Auswahl fand er dann auch das Gesuchte und bezahlte jedesmal mit einem Scheck, der von einer hiesigen Großbank auf die Banca di Roma in Rom gezogen war. Die Juweliere glaubten seinen Erzählungen und nahmen seine Schecks in Zahlung. Bevor sie die durch die hiesige Bank auf ihre Güter prüfen lassen konnten, war der Kunde verschwunden. Die Schecks waren alle gefälscht. Einer der Juweliere verlor 50, der zweite 30 und der dritte 45 Tkr. Bald darauf tauchte der „Graf“, der sich mitunter auch „Baron v. Wertell“ nannte, in Leipzig auf und betrug dort einen Juwelier auf dem gleichen Wege um 20 französische Frank. Der Leipziger vermutete, daß sein Kunde auch nach Dresden fahren werde, um dort weiter zu „arbeiten“ oder auch seine Beute zu Geld zu machen. Er fuhr auf gut Glück schleunigst nach Dresden und fand seine Annahme bestätigt. Bei einem Juwelier, bei dem er als einem alten Bekannten vorsprach, war gerade der seine Kunde im Laden, um wieder eine Perlenkette zu kaufen. Er ließ ihn auf der Stelle festnehmen. Der Kochpfeiler, der nach Berlin zurückgebracht wurde, wurde ebenfalls als ein Erich Rabendorf, ein gemeinbildlicher Scheckfälscher.

Berlin, 4. November. Billionenreichhalt bei dem Prinzen Leopold von Preußen. Kreis Ratow (Prenzlauer) gelegene Wohnhaus des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen ein großer Einbruchschloß verübt worden. Entwendet wurden Sachen im Werte von vielen Hunderten von Millionen Mark. Es fehlen u. a. ein ganzes Tafelgeschloß (96 Stücke) aus Nymphenburger Porzellan, 57 Ringeläcker, 24 Korbäcker, 2 Gaststühle und 6 Messingbesätze von Schulstühlen. Außerdem sind von einer Reihe von feinsten Gardinen und Vorhängen und von einer Anzahl Sofas, Teppichen und Stühlen die wertvollsten Bezüge gestohlen worden. Auf die Wandaufmachung der Zäuer und Herbeihaltung der gestohlenen Gegenstände sind mehrere Millionen Mark Verlohung ausgesetzt.

Bunte Zeitung

Von der Besinnlichkeit des Obies.

Das Obst ist zweifellos eine der kostbarsten Gaben, die uns die Natur spendet, und eine vernünftige Diät ist ohne Obst kaum zu denken. Bei vielen Ernährungsstörungen und bei einer ganzen Reihe chronischer Erkrankungen des Verdauungsapparates und der Leber bildet die Obstdiät sogar das sicherste und bestmögliche Heilmittel. Nur scheiden hierbei alle Früchte aus, die reich an Tannin sind, da dieses das Obst unverdaulich macht. Je reifer eine Frucht am Beschläume ist, desto grüner erscheint sie, und desto schauerer schmeckt sie aus. Als Folgen des Genusses solcher Früchte machen sich Zodbrennen und Krallen bemerkbar. Mann kann tanninreiches Obst sofort daran erkennen, daß sich die Ähne des Meßers, mit dem man es zerhackt, schwarz färbt. Nohes Obst ist ferner allen denen zu verbieten, die zu nervöser Exzess neigen. Die geringste Reizung des Darmes bedarf in diesen Fällen stärke, heftige Wechsungen und Durchfälle. Auch in Fällen von Magen-erweiterung soll man sich des Genusses von rohem Obst unbedingt enthalten. Solche Patienten sehen sich durch den Genuß roher Äpfel und Birnen, sowie von Bananen der Gefahr der Magenruhr, Entzündungen des Darmkanals und Krampfkrämpfen aussetzen. Auch sollte man das Obst vor dem Genusse stets waschen. Man sieht es der jammern,

schimmernden Oberfläche einer Blaume nicht an, welche ein Gerinmel von kleinen sich auf ihr breit macht. Der Beschläume durchfall der Kinder ist nur zu oft auf diesem zurückzuführen, die das Kind mit einer vom Boden aufgesetzten Frucht mischereicht hat. Was nun das geschmorte Obst anbelangt, so ist an seiner Schmachhaftigkeit und Besinnlichkeit kein Zweifel getastet, wenn man sich aus der Tatsache nicht beruhigen darf, daß das Obst durch Kochen einen sehr großen Teil seiner bläulichen Eigenschaften verliert. Durch das Kochen werden freilich alle Keime an Sicherheit abgetötet; mit ihnen werden jedoch auch die wichtigsten Vitamine zerstört. Allerdings ist geschmorte Obst ungleich leichter verdaulich als rohes und deshalb auch allen zu empfehlen, die an Verdauungsstörungen leiden.

Turnen, Spiel und Sport.

Handball am nächsten Sonntag.

In Leipzig steigt am kommenden Sonntag das Freundschaftsspiel um den DFB-Pokal zwischen Mittel- und Süddeutschland. Von Halleer Spielern wirkt nur Thomas (Wader) als Mittelstürmer in der heimischen Repräsentation mit.

In Merseburg tritt der Sportverein 99 gegen 964 Halle an. BR hat in Halle Freuden-Komet zum Gegner.

Die 1b-Klasse im Saalgaun.

Die wichtigste Entscheidung in der 1b-Klasse am vorigen Sonntag zwischen Sportbrüder und Olympia brachte in dem 1:0-Sieg Sportbrüder hat der erhofften Klärung nur ein engeres Auseinanderdrängen der Spitzegruppe, die sich nunmehr aus Sportbrüder, Olympia, Reumark und Ammendorf zusammenschließt. Heller fiel das Treffen Ammendorf - Preußen-Merseburg infolge Nichterfahrens des Schiedsrichters aus. In Merseburg holte sich Mittelben den ersten Punkt (1:1). Germania (nur mit 10 Mann) verlor gegen Eintracht 1:3; dadurch wird die Lage am Tabeleende wieder recht ungeklärt. Die Tabelle sieht jetzt so aus:

1b Klasse	Sp.	Gew.	Gew.	Tore	Pkte.	
					+	-
Sportbrüder-Halle	7	5	2	16:4	12	2
Olympia-Halle	6	4	1	17:6	9	3
Spielvereinigung-Reumark	5	3	1	8:7	7	3
Ammendorf 1910	6	3	2	15:4	8	4
Preußen-Merseburg	6	3	1	6:4	7	5
BSF-Merseburg	7	2	3	2:5	6	7
Halle 1910	6	1	2	5:7	4	8
Eintracht-Halle	8	3	1	4:10	7	9
Germania-Merseburg	6	1	1	5:4	12	2
Sp. 99 Mittelben	7	1	1	1:24	1	13

In der Tabelle der 1. Klasse.

am gestrigen Sonntag ist uns insofern ein Versehen unterlaufen, als Borussia gegen Preußen-Komet nicht 2:0 gewann, sondern nur 0:0 unentschieden spielen konnte. Das angegebene Ziel wurde uns aber am Sonntag Abend auf telephonischen Anruf der Borussia mitgeteilt, so daß eine absichtliche Entstellung der Tatsachen vorliegt. Von einem Abwachen sollte man wahrlich deraufgeklärte Verbalten nicht erwarten! — In der Tabelle rückt dadurch der Sportverein 99 über Borussia; letztere bilden mit nur 2 Punktsummen zusammen mit Preußen-Komet das Ende der Tabelle.